

Niederschrift

über die 7. Sitzung des Hauptausschusses am Dienstag, den 15.03.2011 um 17:00 Uhr im Sitzungssaal des Hauses Burgstr. 8.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Josef Korsten

Ausschussmitglieder

Ursula Brand	Vertr. für Klaus Haselhoff
Dietmar Busch	
Margot Grüterich	Vertr. für Thomas Klee
Bernd-Eric Hoffmann	
Dr. Axel Michalides	
Heide Nahrgang	
Rainer Röhlig	Vertr. für Axel Schröder
Rolf Schäfer	
Rolf Schulte	
Dietmar Stark	
Michael Tissarek	Vertr. für Annette Pizzato
Christian Viebach	
Dr. Jörg Weber	

Beratendes Mitglied:

Alexander Vogt	Vertr. für Tobias Ronsdorf
----------------	----------------------------

von der Verwaltung

Ute Butz	
Julia Gottlieb	
Jochen Knorz	whrd. TOP 4
Rainer Meskendahl	
Frank Nipken	
Regine Schmidt	
Christoph Grimlowski	Schriftführer

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 6. Sitzung des Hauptausschusses am 16.11.2010 (öffentlicher Teil)
2. Zukünftige Nutzung der städt. Immobilie "Gaststätte Bürgerhaus" (Antrag der CDU-Fraktion) AN/0018/2011
3. Verzicht auf Zwangsmaßnahmen im Rahmen des Zensus AN/0019/2011

2011 (Antrag der AL-Fraktion)

- | | | |
|------|--|--------------|
| 4. | Durchführung von Open-Air-Veranstaltungen in der Innenstadt | IV/0107/2011 |
| 5. | Haushalt 2011-2014 | |
| 5.1. | Haushaltsbegleitanträge | AN/0024/2011 |
| 5.2. | Stellenplan 2011 | BV/0198/2011 |
| 5.3. | Haushaltssatzung 2011; Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014 | BV/0201/2011 |
| 6. | Genehmigung von Ermächtigungsübertragungen für Investitions-Auszahlungen gemäß § 22 GemHVO | BV/0200/2011 |
| 7. | Prüfung der Versicherungsverträge der Stadt Radevormwald | IV/0108/2011 |
| 8. | Vergleichszahlen Kreisjugendamt / Jugendamt Stadt Radevormwald | IV/0098/2011 |
| 9. | Mitteilungen und Fragen | |

(Nichtöffentlicher Teil)

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 10. | Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses am 16.11.2010 (nichtöffentlicher Teil) | |
| 11. | Personalangelegenheiten / Versetzung in den Ruhestand | BV/0199/2011 |
| 12. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Bürgermeister eröffnet um 17 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Er weist auf die Tischvorlage zu TOP 5 hin und erläutert, dass nach der Erstellung der Einladung – jedoch fristgerecht – noch Anträge eingegangen sind und sich daher eine veränderte Tagesordnung ergeben hat.

Auf Grund der derzeitigen Situation in Japan nach der dortigen Naturkatastrophe und der daraus folgenden radioaktiven Katastrophe bittet der Bürgermeister die Anwesenden um einen Augenblick der Besinnung.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 6. Sitzung des Hauptausschusses am 16.11.2010 (öffentlicher Teil)

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

2. Zukünftige Nutzung der städt. Immobilie "Gaststätte Bürgerhaus" (Antrag der CDU-Fraktion) AN/0018/2011

Der Bürgermeister berichtet über erste Gespräche der Verwaltung mit der „Ökumenischen Initiative“ bzgl. der Nutzung der Räumlichkeiten der Gaststätte Bürgerhaus als Jugendcafé, macht aber auch deutlich, dass beide im Antrag der CDU-Fraktion angesprochenen Strategien verfolgt werden müssen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die Bemühungen um eine weitere Vermietung der städtischen Immobilie „Gaststätte Bürgerhaus“ (ehemals „Bella Italia“) bis zum 30.10.2010 zu forcieren und sonst alternativ weitere Nutzungsmöglichkeiten, z.B. in Form eines Jugendcafés, in Gesprächen mit der Kommunalaufsicht zu erörtern und dem Hauptausschuss in seiner Sitzung am 15.11.2011 ein schlüssiges Konzept hierfür vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Verzicht auf Zwangsmaßnahmen im Rahmen des Zensus 2011 (Antrag der AL-Fraktion) AN/0019/2011

Herr Dr. Michalides begründet den Antrag der AL-Fraktion.

Er findet es bedenklich, wenn ein Bürger, der seine Daten schützen will, mit Zwangsmaßnahmen bedroht wird.

Außerdem ist er der Auffassung, dass es auf Grund der Zwangsmaßnahmen zu einer „heimlichen Verweigerung“ in Form falscher Angaben der Befragten kommen wird.

Herr Dr. Michalides appelliert an den Ausschuss, eine Empfehlung an den Rat zur Verabschiedung der Resolution auszusprechen, und verweist darauf, dass eine entsprechende Initiative auf Kreisebene durch die Fraktion der Grünen geplant sei.

Herr Schulte erklärt, dass er nach einer Anfrage an IT NRW die Auskunft bekommen hat, dass die Festsetzung von Zwangsmaßnahmen nicht im Ermessen der Erhebungsstellen liegt.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Rechtslage einen entsprechenden Beschluss verbietet und von ihm beanstandet werden müsste.

Auch Herr Viebach stellt klar, dass es sich um einen rechtlich nicht zulässigen Antrag handelt. Nach seiner Auffassung wäre es fair, wenn die AL-Fraktion diesen Antrag zurückziehen und auch im Rat der Stadt nicht mehr stellen würde.

Herr Dr. Michalides bekräftigt, dass er weiterhin der Auffassung ist, dass die Entscheidung über Zwangsmaßnahmen beim Kreis liegt.

Beschluss:

Die Stadt Radevormwald setzt sich beim Kreis und der kommunalen Erhebungsstelle dafür ein, auf Zwangsmaßnahmen gegenüber Bürgern, die eine Auskunft im Rahmen des Zensus 2011 verweigern, zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme (AL)
13 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, 2 UWG, 1 Bürgermeister)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

4. Durchführung von Open-Air-Veranstaltungen in der Innenstadt IV/0107/2011

Herr Knorz erläutert zusammenfassend die Verwaltungsvorlage. Insbesondere geht er auf die Immissionsproblematiken ein und verweist darauf, dass es Aufgabe der Verwaltung ist, diese im Vorfeld zu entschärfen. Er erläutert die Ausnahmemöglichkeiten – die sogenannten seltenen Ereignisse – und berichtet, dass sämtliche mögliche Veranstaltungsorte im Stadtgebiet untersucht worden sind. Unter Berücksichtigung der Vorbelastungen ist der Festplatz der am meisten geeignete Ort für die Durchführung für zusätzliche Open-Air-Veranstaltungen. Der Marktplatz sowie der Schloßmacherplatz scheiden auf Grund der anderen dort stattfindenden Veranstaltungen aus, wobei die „Eiszeit“ auf dem Marktplatz bei der Untersuchung noch nicht berücksichtigt worden ist. Herr Knorz macht deutlich, dass bei zusätzlichen Veranstaltungen auf dem Marktplatz Anwohnerklagen möglich sind. Dies birgt die Gefahr, dass bei einer gerichtlichen Klärung auch etablierte Veranstaltungen auf den Prüfstand kommen und u. U. als unzulässig eingestuft werden.

Herr Hoffmann ist der Auffassung, dass in Nachbargemeinden eine andere Handhabe zu erkennen sei.

Herr Knorz entgegnet, dass es sich hierbei einerseits sicherlich um einen subjektiven Eindruck handelt, andererseits aber auch die unterschiedliche Topographie berücksichtigt werden muss.

Herr Schulte bedauert das Ergebnis, macht aber klar, dass man sich an die rechtlichen Vorgaben halten muss. Er ist der Meinung, dass es einen Versuch wert ist, eine derartige Veranstaltung auf dem Festplatz durchzuführen.

Herr Röhlig erwartet auf dem Festplatz durch die Nähe zu Altenwohnheimen Probleme.

Herr Stark stellt fest, dass es bei Veranstaltungen dieser Art um die Frage geht, welches Ziel damit erreicht werden soll und bittet um eine Beurteilung der Situation durch Fachleute aus dem Veranstaltungsmanagement. Nach seiner Auffassung sollte eine gewisse Flexibilität möglich sein, und somit sollte geprüft werden, ob die bisher auf dem Marktplatz stattfindenden Veranstaltungen nicht auch an anderen Orten abgehalten werden können.

Herr Meskendahl erklärt, dass bereits Gespräche mit dem Veranstalter des „Rader Sommers“ stattgefunden haben, in denen dieser erklärt hat, dass sich der Festplatz auf jeden Fall besser eignet als das Industriegebiet. Da bei der Berechnung der Immissionsbelastungen der Veranstaltungsorte auch die Veranstaltungen am Tage heranzuziehen sind, ist zu prüfen, ob z.B. das Soccerturnier vom Marktplatz auf den Festplatz verlegt werden kann; möglich wären auch Überlegungen zur Verlegung von Schützenfest oder Pflaumenkirmes auf den Festplatz.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann zu möglichen Veranstaltungen auf dem Parkplatz des „life-ness“ erklärt der Bürgermeister, dass diese Variante grundsätzlich denkbar ist.

Herr Knorz merkt an, dass bei der Planung von Veranstaltungen immer auch die Infrastruktur der jeweiligen Plätze zu berücksichtigen ist.

Der Bürgermeister unterstreicht noch einmal, dass die Zielsetzung der Veranstaltungen häufig darin besteht, Menschen in die Innenstadt zu bekommen; daher ist es wichtig, derartige Veranstaltungen mit Tagen der Offenen Tür zu verbinden, um vorhandene Kapazitäten auszunutzen.

5. Haushalt 2011-2014

5.1. Haushaltsbegleitanträge

AN/0024/2011

a) Minderung der versteckten Subventionierung für die „Bäder GmbH“ Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 05.03.2011

Herr Dr. Michalides erläutert kurz den vorliegenden Antrag.

Herr Hoffmann merkt an, dass entsprechende Anträge bereits in anderen Ausschüssen vorgelegt worden sind.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, für das Haushaltsjahr 2011 und die folgenden Jahre der mittelfristigen Finanzplanung Kürzungen in folgenden Positionen vorzunehmen:

525600 Schulschwimmen Grundschulen: von 97.000 € auf 60.000 €
525600 Schulschwimmen übrige Schulen: von 56.000 € auf 35.000 €

Die Ansätze für 2012 und folgende Jahre sind für die Haushaltsposition 1.06.04.03/Kinderspielhalle von 60.000 € auf 30.000 € zu senken.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme (AL)
13 Nein-Stimmen (5 CDU, 3 SPD, 2 FDP, 2 UWG,
1 Bürgermeister)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Auf die Frage des Bürgermeisters, ob die Anträge der AL-Fraktion erneut im Rat beraten werden müssen, erwidert Herr Dr. Michalides, dass dies der Fall ist.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass sicherlich eine detaillierte Beratung in den Ausschüssen nötig ist, man sich aber keinen Gefallen tut, diese im Rat zu wiederholen. Er verweist darauf, dass im Rat grundsätzliche Entscheidungen zu treffen sind, daher sollte man sich auch dort auf diese grundsätzlichen Fragen beschränken.

Andererseits, so der Bürgermeister, hat die AL-Fraktion das Recht, im Rat Anträge dieser Art zu stellen.

Herr Dr. Michalides entgegnet, dass er davon ausgeht, dass die Diskussionen im Rat ebenso schnell abgeschlossen werden wie bereits hier im Ausschuss.

**b) Rückstellungen für Drohverluste
Haushaltsbegleit Antrag der AL-Fraktion vom 05.03.2011**

Herr Meskendahl führt aus, dass der Nachweis für die Rückstellungen nicht im Haushalt, sondern in der Bilanz zu finden ist. Der Jahresabschluss 2007 enthält die entsprechende Rückstellung in Höhe von 770.000 €. Mit Abschluss des Jahres 2010 ergibt sich ein Betrag von 3,7 Mio. € für die Rückstellung; dieser Wert ergibt sich aus der Prüfung des Marktwertes der Derivate zum Stichtag 31.12.2010. Herr Meskendahl verweist darauf, dass dieser Betrag nicht haushaltsrelevant ist.

**c) Kostenstelle Telefon
Haushaltsbegleit Antrag der AL-Fraktion vom 06.03.2011**

Der Bürgermeister gibt nähere Informationen zu dieser Kostenstelle. Er führt aus, dass der Anteil der Telefonkosten des Rathauses lediglich 11.000 € beträgt, dies entspricht einem monatlichen Volumen von 9 €/Mitarbeiter. Der Bürgermeister verweist darauf, dass u. a. in dem Posten auch die Telekommunikationskosten des Rettungsdienstes und der Feuerwehr sowie der Schulen enthalten sind. Unabhängig vom vorliegenden Antrag, so der Bürgermeister, wird sich die Verwaltung erneut mit den Telefonkosten beschäftigen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Michalides zu den gestiegenen Kosten im Haus Burgstr. 8 erklärt der Bürgermeister, dass dort inzwischen fünf statt früher drei Ratsfraktionen ihre Räumlichkeiten haben.

Herr Dr. Michalides zieht den Antrag zurück.

**d) Kostenstelle Zeitungen/Fachzeitschriften
Haushaltsbegleit Antrag der AL-Fraktion vom 05.03.2011**

Dr. Michalides begründet den Antrag seiner Fraktion. Er macht deutlich, dass es nicht um eine Kappungsgrenze geht, jedoch soll geprüft werden, ob nicht durch die verstärkte Nutzung elektronischer Medien gespart werden kann.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Bestand an Fachzeitschriften vor 2 Jahren geprüft worden ist und seinerzeit bereits Einsparungen vorgenommen werden konnten. Er verweist darauf, dass auch der Onlinebezug der notwendigen Fachpublikationen vergleichbar teuer ist. Jedoch wird auch diese Kostenstelle erneut auf Einsparungspotenzial geprüft.

Herr Dr. Michalides erklärt den Antrag daraufhin als erledigt.

5.2. Stellenplan 2011

BV/0198/2011

Der Bürgermeister berichtet über eine kurzfristig notwendig gewordene Änderung im Stellenplan. Es handelt sich dabei um eine halbe Stelle, die bisher als Stelle für Tarifbeschäftigte ausgewiesen wurde und aufgrund der Rückkehr einer Beamtin aus der Beurlaubung in eine Beamtenstelle gewandelt werden soll.

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und führt aus, dass in den kommenden Jahren mit einem Abbau von rund 9 Stellen gerechnet wird.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den vorliegenden Stellenplan 2011 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5.3. Haushaltssatzung 2011; Haushaltssicherungskonzept 2011 -2014

BV/0201/2011

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und erklärt, dass die abschließende Fassung der Haushaltssatzung in der kommenden Woche – rechtzeitig vor der Ratssitzung – versendet wird. Er verweist auf eine Änderung der Ansätze bei der lfd. Nr. 4; hier handelt es sich nunmehr um eine Investition.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Haushaltssatzung 2011 und das Haushaltssicherungskonzept 2011 -2014 auf der Basis des Haushaltsentwurfs 2011 -2014 vom 07.12.2010 mit den Änderungen des Ergebnis- und Finanzplans (Stand: 01.03.2011) und die Prioritätenliste 2011 (Stand:01.03.2011) zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen	(3 CDU, 3 SPD, 2 UWG, 1 Bürgermeister)
2 Nein-Stimmen	(FDP)
3 Enthaltungen	(2 CDU, 1 AL)

6. Genehmigung von Ermächtigungsübertragungen für Investitions-Auszahlungen gemäß § 22 GemHVO

BV/0200/2011

Herr Meskendahl erläutert ausführlich die Verwaltungsvorlage.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Ermächtigungsübertragungen für Investitions-Auszahlungen gemäß § 22 GemHVO in Höhe von 1.483.038,65 € sowie für die energetischen Verbesserungen der Realschule bzw. des Konjunkturpakets II in Höhe von 516.823,19 € zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Prüfung der Versicherungsverträge der Stadt Radevornwald IV/0108/2011

Der Bürgermeister erläutert den vorgelegten Bericht der Verwaltung und erklärt, dass die bei den Versicherungsverträgen erzielten Einsparungen in Höhe von ca. 10.000 € vernünftig und vertretbar sind.

8. Vergleichszahlen Kreisjugendamt / Jugendamt Stadt Radevornwald IV/0098/2011

Frau Butz erläutert die Vorlage und geht dabei auf die Unterschiede zwischen dem Kreisjugendamt und dem städtischen Jugendamt ein. Sie führt aus, dass in Radevornwald der Ausbau der Tagesbetreuung sehr weit gediehen ist. Frau Butz spricht auch die relativ hohen Kosten bei den individuellen Hilfen an, die durch den verhältnismäßig hohen Aufwand in diesem Bereich sowie auf Grund der Vielfalt der Leistungen hervorgerufen werden. Sie betont die Wichtigkeit der präventiven Arbeit, durch die langfristig Kosten eingespart werden können.

Herr Viebach erklärt, dass er zwar den relativ langen Bearbeitungszeitraum von 12 Monaten bemängelt, aber mit dem Ergebnis zufrieden ist. Er führt aus, dass die CDU seinerzeit ein dezentrales Jugendamt gefordert hatte, was sich als der richtige Weg erwiesen hat, wie man dem vorgelegten Bericht entnehmen kann. Er hofft, dass nunmehr das Jugendamt auch im personellen Bereich in ein ruhigeres Fahrwasser kommen wird.

Herr Stark äußert ebenfalls Zufriedenheit über das Ergebnis der Vergleichsuntersuchung und betont, dass Jugendfürsorge vor Ort wichtiger sei als eine Auslagerung. Herr Stark geht davon aus, dass sich eine Diskussion über die Kosten des städtischen Jugendamtes nunmehr erledigt hat.

Herr Schäfer erklärt, dass die seinerzeitige Anhebung der Kreisumlage dazu geführt hat, dass das städtische Jugendamt im Vergleich günstiger als das Kreisjugendamt sei. Er bezeichnet die vorgelegten Zahlen als ermutigend.

Der Bürgermeister entgegnet, dass sich der Vergleich der Zahlen der Jugendämter auf das Jahr 2009 bezieht und somit die Erhöhung der Kreisumlage bedeutungslos ist. Er stellt fest, dass die Beendigung der Diskussion wichtig für die Mitarbeiter des Jugendamtes ist und unterstreicht, dass bei einem Jugendamt vor Ort umfassendere und ortsnähere Leistungen als durch ein Kreisjugendamt erbracht werden können.

9. Mitteilungen und Fragen

- a) Der Bürgermeister weist auf verschiedene Nachträge zur kommenden Ratssitzung am 22.03.2011 hin und erklärt, dass es sich hierbei unter anderem um Anträge des fraktionslosen Ratsmitgliedes, Herrn Ullmann, handelt, die seinerzeit von diesem nicht fristgerecht zur letzten Ratssitzung im Dezember 2010 gestellt worden sind. Der Bürgermeister erklärt, dass er Herrn Ullmann anheim gestellt hatte, diese Anträge erneut zu stellen. Dieser geht jetzt aber davon aus, dass er die Anträge nie zurückgezogen hat, diese also zu beraten seien.
- b) Herr Viebach bittet darum, festzuhalten, dass seinerzeit für die AL hinsichtlich des Antragsrechts eine Ausnahmesituation geschaffen worden ist, die es auch einem einzelnen Ratsmitglied außerhalb einer Fraktion ermöglicht, Anträge zu stellen; diese Änderung der Geschäftsordnung sollte aber nicht durch Herrn Ullmann ausgenutzt werden. Sollte dies dennoch geschehen, so müsse zur Optimierung der Ratsarbeit überlegt werden, die Geschäftsordnung wieder zu ändern.

- c) Frau Nahrgang bittet um Auskunft zur Situation im Rentenamt.

Der Bürgermeister erklärt, dass die dort beschäftigte Mitarbeiterin derzeit krank ist und verweist auf die Tatsache, dass die Aufgabe der Rentenberatung ein freiwilliges Serviceangebot ist und mit einer halben Stelle durchaus gut besetzt ist. Ein Ersatz für die kranke Mitarbeiterin ist auf Grund der langwierigen Einarbeitung nicht möglich.

Herr Schäfer verweist auf die Möglichkeit für die Bürger, bei Rentenfragen den Versicherungssältesten zu kontaktieren.

- d) Herr Stark erklärt, dass er die Bemühungen begrüßt, im Jahre 2011 wieder eine „Eiszeit“ in Radevormwald stattfinden zu lassen, und bittet um Mitteilung, ob angesichts der hohen Kosten auch alternative Lösungen geprüft worden sind.

Herr Meskendahl erklärt, dass ein weiteres Angebot vorgelegen hat. Dieses bezog sich jedoch auf eine Eisfläche innerhalb einer geschlossenen Halle. In dieser Variante wäre die stimmungsvolle Atmosphäre auf dem Marktplatz jedoch kaputt. Herr Meskendahl führt weiterhin aus, dass noch weitere Anbieter existieren und sich dadurch sicherlich Verhandlungsspielräume ergeben. Er weist darauf hin, dass die letzte „Eiszeit“ über 100.000 € gekostet hat; somit ist eine solche Aktion nur mit Hilfe von Sponsoren zu bewältigen. Daher werden potenzielle Sponsoren derzeit mit der Bitte um Unterstützung angeschrieben. Neben örtlichen Unternehmen sind auch größere überörtliche Unternehmen kontaktiert worden, von dort sind aber leider bisher nur negative Antworten eingegangen.

- e) Herr Viebach erkundigt sich nach dem Fortschritt der Stellenbesetzung bei der Feuerwache auf Grund des Ratsbeschlusses vom Dezember 2010.

Der Bürgermeister erklärt, dass zwar der Kreisbrandmeister dem verabschiedeten Brandschutzbedarfsplan der Stadt Radevormwald im vollen Umfang zugestimmt hat, jedoch steht die Genehmigung der Bezirksregierung noch aus. Darüber hinaus ist erforderlich, dass der Stellenplan beschlossen und von der Kommunalaufsicht genehmigt wird.

- f) Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann berichtet Frau Schmidt über den Stand der Einführung des Ratsinformationssystems bei der Stadt Radevormwald,